

## "Nahrungsmittel als Waffe" in L'Humanité (23. Mai 1992)

**Legende:** Am 23. Mai 1992 kritisiert die französische kommunistische Tageszeitung L'Humanité die neue Reform der gemeinsamen Agrarpolitik, in der sie eine Kapitulation der europäischen Landwirtschaft vor den Forderungen der USA im Rahmen der GATT-Verhandlungen sieht.

**Quelle:** L'Humanité. Organe Central du Parti Communiste Français. 23.05.1992. Paris.  
[http://www.humanite.fr/1992-05-23\\_Articles\\_-L-ARME-ALIMENTAIRE](http://www.humanite.fr/1992-05-23_Articles_-L-ARME-ALIMENTAIRE). "L'arme alimentaire",  
auteur:Spire, Arnaud.

**Urheberrecht:** (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU  
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/nahrungsmittel\\_als\\_waffe\\_in\\_l\\_humanite\\_23\\_mai\\_1992-de-55f10896-17bc-43ff-89ed-09982a72cdbb.html](http://www.cvce.eu/obj/nahrungsmittel_als_waffe_in_l_humanite_23_mai_1992-de-55f10896-17bc-43ff-89ed-09982a72cdbb.html)



**Publication date:** 02/02/2017

## Nahrungsmittel als Waffe

Die Landwirtschaftsminister der Zwölf haben soeben ihre eigene Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) in die Luft gesprengt. Für neun Millionen europäische Landwirte wurden Preissenkungen von 29 % für Getreide und 15 % für Rindfleisch verhängt. Ein Dolchstoß in den Rücken der Landwirtschaft. Das System der „Garantiepreise“ passt sich künftig an die Weltmarktpreise an, die den armen Ländern diktiert werden. Die Bauern werden gezwungen, mindestens 15 % ihrer bewirtschafteten Flächen brach liegen zu lassen. Ohne Rücksicht auf die verhungernenden Menschen auf der Südhalbkugel. Noch auf die wachsende Zahl der armen Menschen im Norden. Noch natürlich auf die Gesundheit der Volkswirtschaften.

Allein in Frankreich sind 149 000 Betriebe unmittelbar bedroht. Im Jahr 2000 dürften nicht mehr als höchstens 700 000 übrig bleiben, wenn der Treueschwur der EWG-Minister auf die amerikanischen Interessen nicht zurückgenommen wird.

Diese vernichtende Kapitulation der Europäer entspricht merklich den Forderungen nach ungehindertem, einseitigen Export, die das Weiße Haus seit Monaten im Rahmen des GATT formuliert – dort bezeichnet man sie als „Food weapon“, als Nahrungsmittelwaffe. Sie soll eine der mächtigsten Waffen sein, mit der dem Planeten die neue amerikanische Weltordnung aufgezwungen werden soll. Ein hoher amerikanischer Beamter, den Francis Wurtz in seinem Bericht an das Zentralkomitee der PCF zitiert, hat folgende kriminelle Erklärung denn auch schon vor langer Zeit abgegeben: „Die beste Art und Weise, die Nahrung zu nutzen, ist, mit ihrer Hilfe eine Reihe von Staaten an die Vereinigten Staaten zu binden, die dadurch immer abhängiger werden, diese Nahrungsmittel brauchen und jedes Jahr immer mehr kaufen. Nach und nach hängen diese Länder immer stärker von den Vereinigten Staaten ab und werden es sich überlegen, sich gegen sie aufzulehnen.“

Die Absichtserklärungen der gemeinsamen Agrarpolitik hätten, hätten sie Anwendung gefunden, sicherlich Garantien für die Verteidigung unseres Nahrungsmittelpotenzials darstellen können. Das ist insbesondere der Fall der „Gemeinschaftspräferenz“, die keineswegs eine Abschottung nach außen ist, sondern zu großzügigen Formen Zusammenarbeit verpflichten konnte, die von gegenseitigem Vorteil für die Völker sind. Die Zwölf haben jedoch genau die entgegengesetzte Richtung eingeschlagen und wieder einmal gezeigt, dass das europäische Aufbauwerk im Sinne des Vertrags von Maastricht keineswegs einen Schutz gegen die Vorherrschaft des Dollars, der Mark oder selbst des Yen darstellt.

Die Landwirte und ihre Verbände haben sich nicht geirrt. Im Namen der FNSEA beklagte Raymond Lacombe unverzüglich, dass „Europa eine amerikanische Kolonie“ geworden sei und dass man den Kerngedanken der GAP aufgegeben und ein System der globalen Abhängigkeit von der Wohlfahrt eingeführt habe. Der Berufsverband bezeichnet das Einknicken der Europäer als „historischen Bruch mit dem Jahrtausend alten landwirtschaftlichen und ländlichen Modell unseres Kontinents“. Das MODEF seinerseits schlägt mit folgenden Worten Alarm: „Wie die Gerichtsvollzieher, die durch das Land streifen, hat Louis Mermaz soeben auf Aufforderung der USA den Pfändungs- und Enteignungsbescheid für die französische Landwirtschaft unterschrieben.“

Auf dem Land schlug die Entscheidung wie eine Bombe ein. In der Nacht von Donnerstag auf Freitag fanden augenblicklich Protestversammlungen statt. Im ganzen Land. Bereits gestern musste François Mitterrand die Menschen von La Rochelle aus beruhigen, wo er mit Kanzler Kohl ein gemeinsames europäisches Armeekorps ins Leben rief. Seine Erklärung, in der er darum bat, die „Reform der GAP“ nicht mit einer Kapitulation vor den amerikanischen Forderungen im GATT zu verwechseln, überschneidet sich – unglücklicherweise für ihn – mit den Glückwünschen von Arthur Dunkel, der von einer „willkommenen europäischen Initiative“ sprach, „die die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten erleichtern“ würde.

Die Kommunistische Partei und ihre Abgeordneten brachten gestern durch André Lajoinie ihre entschiedene Ablehnung der kürzlich in Brüssel ergangenen Entscheidung zum Ausdruck. Die Kommunisten erklären sich natürlich solidarisch mit der Bewegung der Landwirte und der ländlichen Bevölkerung, die die Kapitulation der Zwölf – und insbesondere der französischen Regierung – in geeigneter Form zum Scheitern bringen will. Mit ihrer Kampagne für ein Referendum und für die Bekanntmachung des Inhaltes des

Maastrichter Vertrags leisten die Kommunisten der ländlichen Bevölkerung einen besonderen Beitrag.

**ARNAUD SPIRE**